

Die Entstehung des Kaschmirkonflikts

VON
Jakob Rösel

Ein Konflikt wie derjenige in Kaschmir, der drei Kriege ausgelöst oder geprägt hat, der seit einem halben Jahrhundert von vielschichtigen völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Streitigkeiten überlagert wird und der sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik zweier Länder beeinflusst, läßt sich nicht in wenigen Worten darstellen. Der Beitrag muß sich deshalb auf eine eher thesenartige Darstellung der Konfliktentstehung beschränken und bezieht sich auf drei Zeitabschnitte - zuerst auf die Entstehung eines vollständig künstlichen und disparaten Königreiches in dem Hochtal und den Bergwüsten nördlich des Punjab, sodann auf den äußerst fragwürdigen Anschluß dieses Königreiches an das unabhängige Indien im Prozeß der Teilung des Subkontinents und abschließend auf die Zwangsintegration dieses Gebildes in die Indische Union.

1 Die Entstehung eines neuen Kunststaates in der Bergwelt nördlich des Punjab

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entsteht im Schatten erst der Konsolidierung und dann des Verfalls der Sikherrschaft im Punjab in den nördlichen Bergregionen ein neues Königreich, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Größe Großbritanniens erreicht. Ein Condottiere und Gefolgsmann des Sikherrschers und Einigers des Punjab Ranjit Singh kann, von der Kernzone von Jammu ausgreifend, bis 1840 weite Bereiche der Vorgebirgszone unter seine formale Kontrolle stellen. Was diesem ersten peripheren Eroberungsreich al-

lerdings fehlt, ist die Kontrolle über das Hochtal von Kaschmir, wo weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Region, fast ausschließlich Muslime, leben. Diese Herrschaft über das Hochtal kann erst Jahrzehnte später durchgesetzt werden: Die East India Company, die 1846 und 1848 in zwei verlustreichen Kriegen den Militärstaat der Sikhs vernichtet, hat kein Interesse daran, das abgelegene und unbekannte Kaschmirhochtal zu administrieren. Sie überträgt es schließlich gegen Zahlung von rund einer halben Million britische Pfund an den Beherrscher der Jammuregion, den Dogra, also Hindurajputen, Gulabh Singh. Mit dieser Zahlung hat die East India Company zugleich einen guten Teil der Kosten der Annexion des Punjab zurückgewonnen. In der Folgezeit gelingt es der neuen Hindudynastie der Dogra nicht nur das Hochtal, sondern weite Bereiche der im Norden, Osten und Westen angrenzenden Bergwüsten und Hochplateaus zu erobern. Ein Versuch, weite Teile Tibets zu anneklieren, scheitert am Widerstand des Mönchsstaates. Die East India Company garantiert in der Folgezeit den politischen Status dieses neuen Königreiches. Das „Königreich von Jammu und Kaschmir“, in dem diese beiden Landstriche jeweils nur ein Zehntel der Fläche ausmachen, wird jetzt ein „Princely State“, einer der größten des Subkontinents mit (1941) rund vier Millionen Einwohnern, die zu mehr als 90% im Hochtal von Kaschmir und an den südlichen Hängen des Gebirges Pir Punjal, in Jammu und Punch, leben.

Damit ist erst im Schatten der Sikherrschaft und dann der Konsolidierung der British Raj ein neues und höchst heterogenes Gebilde entstanden. Es erstreckt sich über jene Zwischenzone, die zwischen den Ausläufern des Pamir und des Hindukusch im Westen und des Karakorum und des Himalaja im Osten besteht. Im Norden reicht das Dograreich lange Zeit undefiniert über das Karakorumgebirge hinaus bis in die Übergangszone zur Wüste Taklaman. Es findet im Süden seine Grenze am britisch kontrollierten Punjab.

Nicht nur das Territorium, auch die Bevölkerung ist höchst unterschiedlich: Mindestens fünf ethnisch-religiöse Gruppen lassen sich unterscheiden: Im Osten liegt das „Kleintibet“ von Ladakh, im Norden Baltistan mit einer Bevölkerung, die zwar wie diejenige Ladakhs von Tibetern abstammt, aber den Buddhismus schon lange zugunsten der islamischen Zwölferschia aufgegeben hat. Im Nordwesten wird das Reich von Bergstämmen islamisch-sunnitischen Glaubens bewohnt, die ursprünglich afghanischer Abstammung sind. Zusammen machen diese drei Gruppen kaum mehr als 300.000 Menschen aus.

Das Gros der Bevölkerung konzentrierte sich auf das Hochtal von Kaschmir mit der Hauptstadt des Reiches Srinagar. Hier leben fast ausschließlich sunnitische Muslime; daneben besteht eine kleine Gruppe von Brahmanen,

Kashmiri Pandits, die seit alters her die Herrschaftsaufgaben besorgten und seit dem 19. Jahrhundert der Dogradynastie dienen. Im Süden liegt das Gebiet von Jammu, bewohnt von einer Mehrheit Hindus und einer Minderheit sunnitischer Muslime. Im Südwesten schließlich befindet sich der Landstrich von Punch, der fast ausschließlich von sunnitischen Muslimen besiedelt ist, die aber ethnisch mit den Kashmiris wenig gemeinsam haben. Es sind mehrheitlich Paschtunen, die sich während der Abdaliherrschaft in Afghanistan - und sporadisch in Kaschmir - hier ansiedelten und ihre Verbindungen zu den Stämmen der Nordwestgrenze niemals verloren haben. Das Gebiet von Punch war darüber hinaus den Dograrajas von Ranjit Singh nur als Steuereintreibungsgebiet, nicht als Herrschaftsterritorium überlassen worden. Erst 1936 gelingt es der Dogradynastie im Rahmen aufwendiger Gerichtsprozesse, diesen Landstrich und seine Bevölkerung ihrem Staat vollständig einzugliedern. Bevölkerung und Territorium zerfallen damit in mindestens drei Religions- und fünf Sprachgruppen und verteilen sich auf rund sieben traditionelle Herrschaftsgebilde. Der Kunststaat wird zugleich geprägt vom Gegensatz zwischen zwei großen Bevölkerungsmehrheiten, den muslimischen Kaschmiris und den hinduistischen Punjabis in Jammu. 1981, also nach der Teilung Kaschmirs, zeigt sich in dem von Indien kontrollierten neuen „Jammu and Kashmir State“ das folgende Verteilungsmuster:

Region	Fläche (in Quadrat- meilen)	Bevölkerung	Muslime (in %)	Hindus (in %)	Andere (in %)
Kaschmirtal	8.639	3.134.904 (52,36%)	94,96	4,59	0,45
Jammu	12.378	2.718.113 (45,40%)	29,60	66,25	4,15
Ladakh	33.554	134.372 (2,24%)	46,04	2,66	51,30
Insgesamt	54.571	5.987.389 (100,00%)	64,19	32,24	3,57

Quelle: Nach R.G.Wirsing 1994: 125.

Beherrscht wird das gesamte Gebilde von einer lange Zeit schwachen, von den Briten geduldeten und oft gestürzten Hindudynastie, die weit jüngeren Datums ist als die britische Herrschaft in Nordindien. Hinzu kommt, daß diese Dynastie auf zwei Dritteln ihres später eroberten Staatsterritoriums kaum

vertreten ist und von der Bevölkerung des Hochtals, der neuen Kernzone des Königsreichs, abgelehnt wird.

Die britische Herrschaft duldet und fördert diese Dynastie und Herrschaftsbildung, weil es der Kolonialmacht vorteilhaft erscheint, mit Hilfe dieses Kunststaates ihre weniger ökonomischen als geostrategischen Interessen in dieser Region durchzusetzen, ohne dabei allzu große finanzielle oder politische Kosten in Kauf nehmen zu müssen. Nicht nur in der Nordwestregion, sondern auch westlich, nördlich und östlich des Karakorum wird das „große Spiel“ gespielt, und auch hier gilt es, den unaufhaltsamen Vormarsch der Spione, Expeditionen, Heere und eventuell Eisenbahnen des Zarenreiches zu stoppen. Die Gefahr eines russischen Eindringens hat sich in dem Maße verstärkt, wie die von Muslimen besiedelten Regionen im Westen der Wüste Taklamakan von China kaum kontrolliert werden und unter die Herrschaft lokaler Warlords geraten sind. Die Kolonialmacht setzt deshalb alles daran, im Norden eine eindeutig und weniger militärisch als administrativ vorteilhafte Grenze durchzusetzen - auf der Wasserscheide des Karakorum. Sie pachtet die Gilgit Agency vom Maharaja, um in Hunza und Nagar einen „Ausguck“ in die Affären Zentralasiens und Westchinas zu erhalten. Zudem versucht sie, die Straßenverbindungen in den Norden nach Gilgit ebenso wie nach Leh zu verbessern, um den Handel zu fördern und um im Konfliktfalle Truppen in diese menschenfeindlichen Bergwüsten verlagern zu können.

Für die britische Kolonialmacht wie für jeden Nachfolgestaat wird damit das Bergreich zu einer geostrategisch unverzichtbaren Region, die ungeteilt an den stärksten Nachfolger der britischen Herrschaft fallen soll. Während geostrategische Interessen sich auf die Nordregion des Königreiches konzentrieren, bleibt aber die innenpolitische Entwicklung im Hochtal von Kaschmir, vor allem aber in Jammu, nicht stehen. Die Herrschaft der Hindudogras ist eine ineffiziente und gewalttätige Despotie. Seit den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts können aber die Dograherrscher ihre muslimischen und hinduistischen Untertanen nicht mehr von den politischen Entwicklungen und Unabhängigkeitsbestrebungen im britisch kontrollierten Indien abschirmen.

Die Hindus, vor allem aber die islamische Mehrheit, fordern jetzt jene politischen Selbstbestimmungsrechte ein, die im übrigen Indien seit 1920, im Rahmen der „Dyarchie“, selbstverständlich geworden sind. Dieser Wunsch nach politischer Emanzipation gegenüber einer autokratischen Hindu herrschaft verbindet sich von Anfang an mit dem gesamtindischen Unabhängigkeitskampf. Mit dem Eindringen der Unabhängigkeitsbestrebungen in das Königreich wird aber auch die Frage unumgänglich, ob sich diese Untertanen künftig für die

Kongreßbewegung und damit für ein säkulares und ungeteiltes Indien entscheiden werden oder aber, ob sie der Muslim Liga und ihrer seit 1940 erhobenen Forderung nach einem eigenen Staat für die Muslime den Vorzug geben.

Die Dogramaharajas hatten die muslimischen Untertanen systematisch aus der Verwaltung und vom Erwerb von Bildung ferngehalten. In begrenztem Maße hatten sie sich lediglich auf die Paschtunenkrieger von Punch gestützt, um die Kaschmiris des Hochtales niederzuhalten. Hindus, und insbesondere die Panditgemeinschaft im Hochtal, halten ein De facto-Monopol auf sozialen Aufstieg und hohe Verwaltungspositionen inne. Neben diesen Ausschluß treten vielseitige Formen der religiösen Diskriminierung von Muslimen.

Dies hat seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts zur Bildung islamischer Organisationen und Agitationsbewegungen geführt. Aus der Vielzahl dieser weitgehend ineffizienten Organisationen entsteht schließlich 1932 die Jammu and Kashmir Muslim Conference. Sie wird dominiert von Sheikh Mohammad Abdullah, einem in Aligarh ausgebildeten, schlecht bezahlten Schullehrer, der sich rasch als ein fähiger Organisator und beeindruckender Politiker zeigt. Sheikh Mohammad Abdullah entstammt einer Familie, die erst Ende des 18. Jahrhunderts zum Islam übergetreten ist. Im Einklang mit der Masse der Kaschmiris neigt er einem toleranten und synkretistischen Islam zu. Er erkennt rasch, daß das Festhalten an einem orthodoxen Islam und an rein religiösen, islamischen Forderungen nicht mehr zeitgemäß ist, daß eine effektive Widerstandsorganisation die Unterstützung aller Untertanen des Maharaja und den Anschluß an die Kongreßbewegung suchen muß. Bereits 1939 wandelt Sheikh Abdullah deshalb seine Organisation von einer „Muslim Conference“ in eine „National Conference“ um, er sucht jetzt die Unterstützung seitens weiterer Gruppen, vor allem aber sichert er sich die Allianz mit dem Kongreß und dessen wichtigem Führer Jawaharal Nehru. Nehru entstammt einer Familie von Kaschmiri-Brahmanen, und er bewahrt sich zeitlebens eine Sehnsucht und sentimentale Anhänglichkeit gegenüber dem Hochtal. Die Umwandlung der Conference zu einer effektiven, säkularen und mit dem Kongreß verbundenen Widerstandsbewegung führt zugleich dazu, daß sich die Reste der ursprünglichen Muslim Conference, die mit dem Politikwechsel und der Allianz Abdullahs mit dem Kongreß unzufrieden sind, sich künftig wiederum als Muslim Conference reformieren, den Anschluß an die Muslim Liga suchen und die Forderung nach einem Pakistan unterstützen.

Bereits vor der Unabhängigkeit sind damit im Hochtal zwei politische Organisationen entstanden, die, obwohl sie sich ausschließlich oder mehrheitlich auf die muslimischen Kaschmiris stützen, unterschiedliche Parteiallianz ver-

treten. Über das Ausmaß der Unterstützung der beiden verfeindeten Organisationen läßt sich, da die Maharajas keinerlei Wahlen zulassen, wenig sagen. Allerdings scheint Sheikh Abdullah die Massen stärker zu beeindrucken. Er steht im Rampenlicht, nachdem er 1946 im Vorfeld der Unabhängigkeit die Dograherrscher zur Abdankung auffordert und die gegen sie gerichtete Kampagne „Quit Kashmir“, parallel zur Kampagne Gandhis „Quit India“, auslöst. Während die Zukunft des Subkontinents noch unentschieden ist, haben sich damit bereits geostrategische Interessen sowie innenpolitische Organisationen herausgebildet, die das künftige Schicksal dieses Königreichs mitbestimmen werden. Seit der Wahl 1945/46 ist in Britisch-Indien deutlich geworden, daß die überwältigende Masse der indischen Muslime einen eigenen Staat, Pakistan, und damit die Teilung Indiens fordert. Seit Anfang 1947, im Schatten immer gewalttätigerer Massaker zwischen Hindus und Muslimen, macht sich die britische Kolonialherrschaft überstürzt an die Aufgabe, in hundert Tagen das zu teilen, was sie in mehr als zweihundert Jahren erobert und zusammengefügt hat. Im Schatten dieser Teilung des Subkontinents kommt es wenige Monate später zum Anschluß des Königreichs an die Indische Union und zum ersten Krieg um Kaschmir.

2 Der erste Kaschmirkrieg und der Anschluß des Königreiches an die Indische Union

Mit der Aussicht auf die Unabhängigkeit und Teilung Britisch-Indiens stellt sich spätestens seit Ende 1946 ein zusätzliches Problem ein, das die beiden Unabhängigkeitsbewegungen ebenso wie die britische Administration lange vernachlässigt hatten. Was soll zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit und Teilung mit den zahlreichen indischen Fürstentümern, den Princely States, geschehen? Ein Drittel des Territoriums des Subkontinents und ein Fünftel der Bevölkerung waren der britischen Herrschaft nie vollständig eingegliedert worden. Es handelt sich dabei um die 562 Princely States, die die East India Company und später die britische Regierung aus einer Vielzahl von Gründen neben und vor allem in den von ihnen kontrollierten Gebieten geduldet hatten. Bei der überwältigenden Masse dieser Fürstentümer handelte es sich um territorial und politisch unbedeutende Gebilde, die oft wenig mehr als 50 Dörfer umfaßten, bei einer Minderzahl allerdings um ausgedehnte Gebilde, die die Größe Irlands oder manchmal Großbritanniens erreichten: Hyderabad, Mysore, Travandrum, Jaipur, Kaschmir und, ein Sonderfall, Balutschistan.

Vor allem mit diesen ausgedehnten Flächenstaaten hatte die Kolonialmacht Verträge abgeschlossen, denen zufolge die jeweiligen Herrscherhäuser die Außen- und Verteidigungspolitik sowie „Kommunikation“- die Verlegung von Telegrafien- und Eisenbahnlinien - an die britische Kolonialmacht abtreten mußten, ansonsten aber in der Ausübung ihrer Herrschaft formal unabhängig blieben. Sie waren lediglich gegenüber dem Governor General in seiner Funktion als Vizekönig in ein begrenztes politisches Abhängigkeitsverhältnis, in eine Art Vasallität, gebracht worden. Sie hatten also die „Paramount Power“ der britischen Krone anerkannt. Mit dem Rückzug der britischen Herrschaft setzte damit auch ein „Lapse of Paramountcy“ ein: Die Fürstentümer wurden jetzt formal genauso unabhängig, wie sie es zu jenem Zeitpunkt waren, als sie aus vorgeblich freien Stücken in die britische Oberherrschaft eingewilligt hatten. Im Moment der Unabhängigkeit verfügten diese Staaten damit theoretisch über eine dreifache Wahl: Sie konnten ein Teil Indiens oder Pakistans werden oder aber für die Unabhängigkeit optieren.

Für die Masse der Fürstentümer stand allerdings dieses Recht nur auf dem Papier. Sie waren zu klein, und sie lagen inmitten des Territoriums einer der beiden Nachfolgestaaten Britisch-Indiens. Bei den wenigen großen Flächenstaaten, die zudem an der künftigen Trennungslinie zwischen Indien und Pakistan lagen, stellte sich das Problem allerdings ganz anders. Auch wenn die Briten, der Kongreß und die Muslim Liga eine Entscheidung für die Unabhängigkeit erbittert bekämpfen würden, war eine solche im Prinzip denkbar und möglich.

Bei keinem der großen Flächenstaaten aber mußte diese neue Wahlfreiheit so große Ängste und Gefahren heraufbeschwören wie im Falle von Kaschmir. Ein unabhängiges Kaschmir war in den Augen aller drei Parteien des Teilungsprozesses vollständig undenkbar. Zugleich rechnete sowohl die Regierung des künftigen Indien als auch Pakistans damit, daß sich rechtliche Mittel und politische Wege finden lassen würden, Kaschmir ungeteilt auf ihre Seite ziehen zu können. Jenseits der theoretischen Wahlfreiheit gab es deshalb im unmittelbaren Vorfeld der Unabhängigkeit Erwartungen und Kalküle, vor allem aber auch Vorentscheidungen, die den künftigen Konflikt fast zwangsläufig werden ließen.

Seitdem Lord Mountbatten zu Beginn des Jahres 1947 nach Indien entsandt wurde, um den Subkontinent in kürzester Zeit zu teilen und in die Unabhängigkeit zu entlassen, wird deutlich, daß die scheidende Kolonialmacht das ungeteilte Kaschmir auf den stärksten und in ihren Augen vorrangig legitimierten Nachfolgestaat Britisch-Indiens, also auf die Indische Union, übertra-

gen sehen möchte. Nicht demokratische oder moralische, sondern geostrategische und außenpolitische Überlegungen sind dafür maßgeblich. In den Augen der britischen Kolonialherren ist das „große Spiel“ noch lange nicht zu Ende: Die Sowjetunion ist in die Fußstapfen des Zarenreiches getreten, die politische Instabilität ebenso wie die künftige Entwicklung Chinas geben Anlaß zur Sorge. Indien ist nicht nur der größte und stärkste der beiden Nachfolgestaaten, Indien verfügt auch über den längsten Abschnitt jener von den Briten so sorgfältig definierten Grenze gegenüber dem nördlichen Nachbarn, China. Seitdem der künftige Entscheidungszwang deutlich wird, zeigt sich bei Mountbatten ein nachhaltiges und zugleich höchst diskretes Eintreten für einen künftigen Anschluß Kaschmirs an die Indische Union.

Dieses Interesse an einem Anschluß an Indien wird von der Kongreßführung unbedingt geteilt. Auch hier stehen geostrategische Interessen im Vordergrund; sie werden allerdings noch durch persönliche und ideologische Faktoren verstärkt. Für Nehru ist Kaschmir eine Art geistige Heimat; zugleich aber soll mit Hilfe des Anschlusses einer überwiegend muslimischen Bevölkerung an Indien unter Beweis gestellt werden, daß die „Zwei-Nationen-Theorie“ der Muslim Liga falsch ist und Muslime und Hindus in einem säkularen Indien ihre wahre Heimat finden. Während die britische Kolonialmacht in der freien Entscheidungsfähigkeit des unentschlossenen Maharajas von Kaschmir die rechtlich einfachste Grundlage für einen Anschluß sieht und künftig alles daran setzt, den Maharaja in diesem Sinne zu beeinflussen, möchte der Kongreß den Anschluß nicht nur von der freien Entscheidung eines Autokraten, sondern von der freien Wahl der betreffenden Bevölkerung abhängig machen. Da Nehru den im Hochtal enorm populären Sheikh Abdullah auf seiner Seite weiß, glaubt er auch, daß sich künftig eine solche breite Zustimmung, eine solche demokratische Volksabstimmung für den Anschluß an Indien problemlos durchführen läßt.

Ganz anders sind die unausgesprochenen Erwartungen der Muslim Liga und M.A. Jinnahs. In ihren Augen besteht an dem moralisch zwingenden Anschluß des Königreichs an Pakistan kein Zweifel. Der lediglich formalen, aus den Zufällen der Kolonialgeschichte resultierenden Wahlfreiheit des Maharajas messen Jinnah und die Muslim Liga keine Bedeutung zu. Statt dessen machen demokratische, historische, ökonomische und verkehrstechnische Gründe und Faktoren in ihren Augen einen Anschluß Kaschmirs an Pakistan zwingend: Die überwältigende Mehrheit, drei Viertel der Bewohner des Königreichs, sind Muslime, und Jinnah und die Muslim Liga haben nicht die geringsten Zweifel daran, daß diese Mehrheit unter der Führung der vom Maharaja unterdrück-

ten Muslim Conference in Zukunft für den Anschluß an Pakistan votieren wird. Seit mehr als 500 Jahren ist Kaschmir vom Islam geprägt worden, und hier sind islamische Herrschaftsgebilde, Moscheen und Heiligengräber entstanden. Lediglich das östliche Hochland von Ladakh und die Region von Jammu mit ihrer Hindumehrheit können nicht als traditionell islamisch betrachtet werden.

Neben diese antizipierte Mehrheitsentscheidung und diese kulturellen und religiösen Traditionen treten weitere praktische Gründe, die aus dem Interessenwinkel eines künftigen unabhängigen Pakistan bestimmt werden. Das Hochtal - und damit alle nördlichen Bergregionen - verfügt nur über eine für den motorisierten Verkehr geeignete und über das ganze Jahr nutzbare Straßenverbindung entlang des Flußtals des Jhelum, die von Rawalpindi über Murree nach Srinagar verläuft. Von Osten, von Jammu aus können das Hochtal und die nördlichen Regionen nur auf einer äußerst schwierigen und im Winter geschlossenen Paßstraße, eigentlich einer Piste, erreicht werden. Diese Verkehrsführung hat immer dazu geführt, daß der wirtschaftliche Austausch und die kulturelle und politische Orientierung in Richtung des künftigen Pakistans verlief. Hinzu kommt aber noch ein entscheidendes geographisches und ökonomisches Argument. Vier der fünf großen Flüsse, die den Punjab bilden und dort die großen Bewässerungssysteme versorgen, nehmen ihren Ursprung in dem Königreich oder markieren zumindest seine Grenzen - Indus, Jhelum, Chenab und Ravi. Lediglich der östlichste Fluß, der Sutlej, entspringt und verläuft gänzlich außerhalb des Hochtals. Für das künftige Pakistan sind aber der ungehinderte Zugang zu dem Oberlauf dieser Flüsse und die Kontrolle über ein einheitliches Bewässerungssystem lebensnotwendig. Auch deshalb spricht in den Augen Jinnahs die geographische Lage und die ökonomische Vernunft für einen Anschluß Kaschmirs an Pakistan.

Es sind aber nicht die Muslim Liga und Jinnah, sondern die Kolonialmacht und die ihr nächstehende Kongreßbewegung, die vor und während der Teilung des Subkontinents Bedingungen schaffen und Vorentscheidungen treffen, die schließlich den Anschluß des Königreiches nicht nur formal rechtlich, sondern auch praktisch möglich machen. Anfang des Jahres 1947 beschließt Mountbatten, Indien nicht erst, wie ursprünglich geplant, 1948, sondern bereits zur Jahresmitte 1947 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Teilung des Subkontinents muß deshalb in höchster Eile, in der Spanne von hundert Tagen, durchgeführt werden. Zugleich gilt es nun, die großen Fürstentümer, insbesondere den Dograherrscher in Kaschmir, auf die neue Situation vorzubereiten. Die Schaffung des neuen Muslimstaates Pakistan setzt die Teilung

des Punjab und Bengalens voraus, zweier ausgedehnter und bevölkerungsreicher Provinzen, in denen sich Hindus und Muslime in fast gleicher Bevölkerungsstärke gegenüberstehen. Alle anderen Provinzen, die künftig an Pakistan fallen werden, sind zu mehr als 80% islamisch. Die Teilung der Provinzen soll so durchgeführt werden, daß jeweils die Gebiete mit Hindumehrheiten an Indien und die Gebiete mit Muslimmehrheiten an Pakistan fallen. Neben diesem Kriterium soll die mit der Teilung beauftragte Kommission nur in Ausnahmefällen auf der Grundlage anderer Gesichtspunkte entscheiden. Diese Gründe dürfen allerdings keine politischen, sondern nur juristische Gründe sein.

Die Einheit und die Effizienz der britischen Herrschaft ruhte nicht auf den Provinzen, sondern auf den mehr als 250 Distrikten Indiens. Sie bildeten die entscheidenden Verwaltungseinheiten und Bausteine der britischen Herrschaft. Damit diese Verwaltungseinheiten beiden Staaten erhalten blieben, sollte das Kriterium der jeweiligen religiösen Mehrheit nicht auf der Ebene des Unterdistrikts, sondern des Distrikts zur Anwendung kommen. Da die Teilung des Subkontinents von den beiden Parteien mit größtem Argwohn verfolgt wurde, entschloß sich Mountbatten, die in höchster Eile durchzuführende Teilung in zumindest formal vollständiger Geheimhaltung von einer vorgeblich vollständig neutralen Autorität durchführen zu lassen: Von Sir Radcliff, einem ehemaligen Richter, dessen entscheidende Qualifikation darin bestand, daß er den Subkontinent vor dieser verantwortlichen Aufgabe nie besucht hatte. Bei der Festlegung der neuen Grenze kommt es aber zu einer Merkwürdigkeit, die Pakistan bis heute in dem Verdacht Pakistans bestärkt, die scheidende Kolonialmacht habe bereits im Frühjahr vor der Teilung Vorentscheidungen getroffen, die künftig den Anschluß Kaschmirs an Indien ermöglichen sollten.

Nach verschiedenen internen Revisionen schlägt die Radcliff-Kommission den südlich von Jammu gelegenen Distrikt Gurdaspur mit seiner Muslimmehrheit nicht Pakistan zu, sie entschließt sich statt dessen, ihn zu teilen und die östlich gelegenen Unterdistrikte mit ihrer Hindumehrheit Indien zuzuschlagen. Damit entsteht für die jetzt nicht nur theoretische, sondern praktische Frage eines Anschlusses von Kaschmir an Indien eine ganz neue Situation. Wäre der Distrikt ungeteilt Pakistan zugeschlagen worden, so hätte Indien in Zukunft keine Straßenverbindung zu Jammu und damit auch keinen Zugang zu der einzigen ihm verfügbaren Paßstraße in das Hochtal gehabt. Jetzt, nach der Revision des ursprünglichen Planes, verfügt Indien mit dem Verkehrsknotenpunkt Pathankot über die von der Stadt Jammu über den östlichen Punjab nach Delhi verlaufende Eisenbahnlinie und über die von dort nach Jammu führende Straßenverbindung.

Auch weitere Details, die erst in den letzten Jahren dank der Freigabe von Hintergrunddokumenten zugänglich geworden sind, machen drei Dinge deutlich: Erstens hatte Mountbatten die Frage nach der künftigen Stellung Kaschmirs trotz der vielen zusätzlichen Entscheidungszwänge keineswegs aus den Augen verloren; zweitens war er fähig und bereit, auf die Diskussionen der Radcliff-Kommission Einfluß zu nehmen; drittens neigte er aufgrund strategischer Überlegungen und schon fast Traditionen dem Anschluß eines ungeteilten Kaschmirs an Indien zu.

In der Nacht des 15. August 1947 werden die beiden neuen Staaten nicht nur in die Unabhängigkeit entlassen, die Bevölkerung des jetzt geteilten Punjab wird zugleich in ein Chaos gestürzt. Die größte Fluchtbewegung, die der Subkontinent jemals erlebt hat, setzt ein, da von beiden Seiten der neuen Grenze inmitten des Punjab jetzt Muslime nach Pakistan und Hindus nach Indien fliehen. Diese Fluchtbewegung von insgesamt 16 Millionen Menschen wird von unkontrollierbaren Massakern auf beiden Seiten begleitet. Mindestens eine halbe Million Menschen findet dabei den Tod. Die Massaker und Fluchtbewegungen zeigen sich auch in dem nördlich gelegenen Jammu, wo Hindus und Muslime in ihre jeweiligen Mehrheitsregionen oder neuen Mutterländer zu fliehen beginnen. Noch immer aber zögert der letzte Dograherrscher die Entscheidung hinaus, ob er für seinen Staat die Unabhängigkeit fordert oder den Anschluß an Indien oder Pakistan sucht.

Während der Autokrat noch glaubt, sein Zögern könne ihm politische Vorteile sichern, beginnen sich im Königreich selbst die Ereignisse zu überstürzen, und von indischer Seite zeigt sich eine wachsende Neigung, den Maharaja und sein Königreich in Richtung Indien zu treiben. Dabei spielt auch die noch fortdauernde britische Einflußnahme eine wichtige Rolle. Mountbatten ist der Governor General der neuen unabhängigen Indischen Union, und die britische Beamtenelite ist in beiden Staaten noch präsent. Zudem steht die noch im Prozeß der Aufteilung befindliche Armee in Indien wie in Pakistan unter einem britischen Oberbefehlshaber. Der Maharaja hat am Tag der Unabhängigkeit mit Pakistan ein sogenanntes „standstill“-Abkommen getroffen, um die für das Königreich lebenswichtigen Versorgungsleistungen, die nur via Rawalpindi und Murree in das Hochtal geschafft werden können, zu sichern. Am 29. September 1947 entläßt er auf Anraten Indiens seinen Erzfeind, den Partner des Kongresses und Nehrus, Sheikh Mohammad Abdullah, aus der Haft. Die mit der Muslim Liga, Jinnah und einem Anschluß an Pakistan sympathisierenden Führer der Muslim Conference bleiben weiterhin inhaftiert. Am 4. Oktober erheben sich die Paschtunen in der Region von Puch und lösen

sich aus der Kontrolle des Maharaja. Der Dografürst verfügt nun über keine loyalen Truppen mehr, auf die er sich bei der Unterdrückung der Muslime des Hochtals stützen kann. Der Autokrat gerät jetzt unter immer stärkeren Entscheidungszwang. Am 15. Oktober entmachtet er den bisherigen, kaschmiri-brahmanischen Premierminister und ersetzt ihn in einer bislang undenkbaaren und jetzt zukunftsweisenden Wendung durch einen indischen Elitebeamten, einen Weggenossen und Sympathisanten Nehrus. Wie man heute weiß, wurde dieser neue Premierminister, M.C. Maharajan, mit der Absicht eingesetzt, den künftigen Anschluß, die „accession“, Kaschmirs an die Indische Union vorzubereiten. Wenige Tage später läßt der neue Premierminister eine neue Verfassung für das Königreich vorbereiten. Für Jinnah und die Muslim Liga, für die Rebellen in Punch sowie die inhaftierten Politiker der Muslim Conference deutet jetzt alles darauf hin, daß der Maharaja in aktiver Zusammenarbeit mit dem Kongreß und dem britischen Governor General seinen Beitritt zu Indien vorbereitet. Diese Entwicklungen und diese Einschätzungen führen seit Mitte Oktober zum Ausbruch des ersten Krieges in und über Kaschmir.

Die Paschtunenrebellens in Punch haben immer ihre Verbindungen zu den Paschtunen in der kaum 200 Kilometer entfernten Region um Peshawar und im Nordwesten beibehalten. Mit Autobussen und Lkws strömen jetzt Paschtunenkrieger von dort nach Punch. Zugleich formiert sich, noch weitgehend improvisiert, eine militärische Führung, die nicht nur die Sezession von Punch, sondern die Unterstützung und Befreiung der Muslime des Hochtals anstrebt. Diese Paschtunenguerilla und -invasion wird von der Muslim Liga und Jinnah nicht gefördert; dazu ist diese noch vollständig ungefestigte Regierung in ihrer neuen und abgelegenen Hauptstadt Karachi gar nicht in der Lage. Die Rebelleninvasion wird allerdings auch nicht verhindert. Vom 25. Oktober an rücken diese Kriegergruppen schließlich auf der wichtigen Straße entlang des Jhelum in Richtung Hochtal und Srinagar vor. Zugleich beginnen auch die Rebellen in Punch in breiter Front aus dem Westen und Süden in das Hochtal einzudringen. Das seit jeher die Paschtunen charakterisierende Interesse an Plünderungen und ihr Mangel an Disziplin verhindern, rasch nach Srinagar vorzurücken, den Maharaja zu vertreiben und damit das Kaschmirproblem entweder durch Anschluß an Pakistan oder durch die Ausrufung der Unabhängigkeit ein für allemal zu lösen. Die Invasionstruppen plündern die an der Straße nach Srinagar gelegenen Basarzentren, verlieren wertvolle Zeit und verschaffen damit dem Maharaja eine letzte und Indien eine einzigartige Chance. Der Maharaja hat vor den vorrückenden Kriegern die Flucht ergriffen und Premierminister Mahajan mit dem Flugzeug nach Delhi entsandt. Entgegen

dem Wunsch des Maharajas ist Delhi aber nur bereit, Truppen in das Hochtal zu entsenden, wenn Maharaja Hari Singh zuerst den Beitritt zu Indien, also ein „instrument of accession“, unterzeichnet. Um dem Beitritt des Maharajas zugleich eine weitere und demokratische Legitimation zu verschaffen, erklärt Nehru auf Anregung Mountbattens zugleich, daß künftig eine Volksbefragung über den Beitritt Kaschmirs zu Indien durchgeführt werden soll.

Mit der Unterzeichnung der Beitrittserklärung ist der Anschluß Kaschmirs an Indien nicht nur formalrechtlich vollzogen, mit der Unterstützung der britischen Kolonialmacht und der britischen Armeeeoffiziere kann jetzt dieser Beitritt auch praktisch durchgesetzt, also Kaschmir verteidigt werden. Während der Invasion der Paschtunen und der hektischen Verhandlungsrunden ist deutlich geworden, daß von Pathankot und Jammu aus indische Truppen über die schwierige Paßstraße nicht in das Hochland verlegt werden können. Die Abgelegenheit des Hochtals macht es notwendig, eine militärische Luftbrücke zu errichten. In kürzester Zeit gelingt es der britischen und indischen Militärführung, 200 Flugzeuge bereitzustellen und mehrere Tausend indische Elitesoldaten, darunter vorwiegend Sikhs, in das Hochtal zu transportieren. Die wenige Kilometer vor Srinagar stehenden paschtunischen Invasionstruppen können zurückgeschlagen werden, und während der mehrwöchigen erbitterten Kämpfe bildet sich nun eine neue Front zwischen einem künftig unter pakistanischer Kontrolle stehenden Azad („freien“) Kashmir und dem indischen Kaschmir heraus.

Seit Beginn der Kämpfe wird deutlich, wo die Sympathien Mountbattens liegen und in welche Richtung die Interessen Indiens seit langem zielen. Der massive Truppentransport wäre nicht durchführbar gewesen, wenn die britische und die indische Militärführung eine solche Aktion nicht bereits geplant hätten. Nachdem Jinnah schließlich als Antwort auf die indische Intervention den Einsatz pakistanischer Truppen verlangt, weigert sich der noch britische Oberbefehlshaber der pakistanischen Truppen, diesem Befehl Folge zu leisten und droht mit dem Rücktritt aller britischen Offiziere in der pakistanischen Armee. Diese verfügt aber zu diesem Zeitpunkt, im Gegensatz zur indischen Armee, noch nicht über eine ausreichende Anzahl eigener Offiziere.

Mit dieser Pattsituation hat das Kaschmirproblem bereits Ende 1947 zu jener Grenzziehung und politischen Konfliktkonstellation gefunden, die es über fünf Jahrzehnte fast unverändert beibehalten wird. Die paschtunischen Invasionstruppen haben ein rundes Drittel des Königreichs unter ihre Kontrolle gebracht. Sie kontrollieren aber, abgesehen von der dichtbesiedelten Region von Punch, nur das fast menschenleere Hochland im Nordwesten und Norden des

ehemaligen Königreichs. Entscheidend ist aber: Sie kontrollieren mehr als die Hälfte der strategisch entscheidenden Nordgrenze zu China. An dem Verlauf dieser Ende Dezember 1947 entstandenen Front wird sich in den kommenden vier Jahrzehnten nichts mehr ändern. Unter UN-Aufsicht gebracht, wird diese Grenzlinie zur LOC, zur Line of Control, an der periodische Artilleriegefechte und, im Bereich des Siachengletschers auf 5.000 Meter Höhe, Scharmützel mit Granaten und Helikoptern ausgetragen werden.

Der erste Krieg um Kaschmir führt damit von Anfang an zu einem paradoxen Resultat. Einerseits ist es Pakistan nicht gelungen, das Hochtal, also die Mehrheit der Bevölkerung und der Muslime unter seine Kontrolle zu bringen, andererseits hat Indien die Kontrolle über den größten Teil der an China angrenzenden Nordgrenze verloren. Es hat also jenen geostrategischen Vorteil eingebüßt, jene militärische Bastion, die zu bewahren einer der Hauptgründe des von Indien und Großbritannien forcierten Anschlusses von Kaschmir an Indien war. Für beide Parteien endet damit der erste Kaschmirkrieg in einer fortdauernden Enttäuschung. Für Indien aber bedeutet der Anschluß des Hochtals, Jammus und Ladakhs an die Union einen Pyrrhussieg, dessen Kosten sich in vielfältiger Weise, wenn auch erst nach vielen Jahren, zeigen werden. Indien erbt mit dem Königreich und insbesondere dem Hochtal von Kaschmir eine Konfliktzone, die seine politische und ideologische Glaubwürdigkeit untergräbt und ihm auf Dauer ungeheure militärische, aber auch moralische Kosten aufbürdet.

Nehru will den Anschluß von mehr als drei Millionen Menschen, überwiegend Muslime, an die Indische Union nicht einfach als durch die Entscheidung eines Autokraten und durch einen Gewaltakt begründet ansehen. Er will, so hat er in den dramatischen Tagen des Konflikts versprochen, die Bewohner des ehemaligen Königreiches, insbesondere die Mehrheit, also vorrangig die Muslime des Hochtals, selbst befragen. Zu dieser Befragung sieht er sich auch deshalb gezwungen, weil die Kongreßregierung in zwei anderen Fällen die Entscheidung der Herrscher mißachtet, die Staaten militärisch annektiert und die Annexion anschließend durch ein Plebiszit gerechtfertigt hat.

Damit ist die moralische Grundlage der Herrschaft Indiens über das Hochtal von Nehru selbst präzisiert worden. Rechtmäßig kann sie nur sein, wenn sie künftig durch eine Volksbefragung gestützt wird, bei der die Bewohner Kaschmirs sich zumindest zwischen zwei Möglichkeiten, Pakistan oder Indien, entscheiden können. Zum Zeitpunkt der Paschtuneninvasion scheint sich Nehru sicher gewesen zu sein, daß die überwältigende Mehrheit der Kaschmiris einem Anschluß an Indien zustimmen würde. Er selbst und seine Vertreter

waren davon überzeugt, daß Sheikh Abdullah die Unterstützung der Muslime des Hochtals genießt und Abdullah fest an der Seite des Kongresses steht. Erst nach der Militäraktion und dem Beitritt des Maharajas in die Indische Union werden Zweifel laut, ob die Mehrheit der Bevölkerung den Anschluß an Indien befürwortet und Abdullah diesen vorbehaltlos unterstützt. Damit entsteht aber ein für die indische Regierung auf Dauer unlösbares Problem. Einerseits will sie aus vielerlei Gründen Kaschmir nicht mehr aufgeben, andererseits sieht sie sich aus außenpolitischen, völkerrechtlichen sowie innenpolitischen Gründen gezwungen, den Anschluß Kaschmirs demokratisch zu rechtfertigen. Diese demokratische Rechtfertigung kann aber nur mittels einer Volksbefragung gesichert werden, einer Volksbefragung, der die indische Zentralregierung bis heute ausweicht, da sie fürchtet, daß die Mehrheit sich entweder für die Unabhängigkeit oder den Anschluß an Pakistan entscheiden könnte. Wie die indische Regierung unter Mißachtung ihres Versprechens die Assimilation Kaschmirs im Rahmen der Union immer weitertreibt und wie sie sehr rasch in die Zwangslage gerät, entweder Gefangener oder Unterdrücker des Regimes Sheikh Abdullaha zu sein, zeigt sich in den kommenden Jahrzehnten.

3 Die Gleichschaltung Kaschmirs und der Autoritäts- und Kontrollverlust der Kongreßregierung im Hochtal von Kaschmir

Im Rahmen dieser kurzen Darstellung kann der unaufhaltsame, aber über vielerlei Etappen verlaufende Gleichschaltungsprozeß Kaschmirs nicht detailliert werden, ebenso wenig wie die verschiedenen Versuche des Kongresses, mit oder ohne Sheikh Mohammad Abdullah die Kontrolle über Kaschmir sicherzustellen. Nur einige große Linien und Problemstellungen können hervorgehoben werden. Die „accession“ und die Militärintervention haben die Kontrolle Delhis über das Hochtal sichergestellt, aber noch bleibt offen, wie Delhi seinen Anschluß auf Dauer zu legitimieren und administrativ durchzusetzen gedenkt. Sehr rasch rücken der Kongreß und Nehru von dem Plan eines Plebiszits ab. Die fortdauernde politische Okkupation eines Teils von Kaschmir, so ihre Argumentation, mache es ihnen unmöglich, eine Volksbefragung durchzuführen. An die Stelle des Versprechens einer Volksbefragung tritt zunehmend die Auffassung, das Plebiszit sei gleichsam ein Geschenk, das die Kongreßregierung dann den Kaschmiris zu überlassen gedenkt, wenn die pakistanischen Truppen sich aus Azad Kashmir zurückgezogen haben. Hinter dieser Nei-

gung, die Volksbefragung mit einer unrealistischen Bedingung zu verknüpfen, steht mit hoher Wahrscheinlichkeit die wachsende Erkenntnis, daß die Mehrheit der Muslime keineswegs den Anschluß an Indien in einer „freien und fairen“ Abstimmung befürworten würde. Damit bleibt dem Kongreß nur ein Legitimationsersatz, die Inthronisation Sheikh Abdullahs. Unter Verweis auf dessen offensichtliche Popularität und dessen hohe Wahlsiege versucht die Kongreßregierung künftig, ihre Annexion und Gleichschaltung Kashmirs zu legitimieren. Die Inthronisation Sheikh Abdullahs soll aber nicht nur als Rechtfertigungsersatz dienen; die Autorität des Sheikh ist auch notwendig, um den in den kommenden Jahren vorangetriebenen Gleichschaltungsprozeß politisch durchzusetzen. Nicht bereit, sich aus Kaschmir künftig zurückzuziehen, und deshalb auch nicht bereit, auf das Risiko einer Volksbefragung einzugehen, bleiben dem Kongreß in Zukunft nur zwei Möglichkeiten: Entweder mit Hilfe des Abdullah-Regimes, also verdeckt, oder in aller Offenheit, also mit Gewaltmaßnahmen oder Manipulationen, die Kontrolle über das Hochtal und dessen Integration in die Indische Union sicherzustellen.

Zunächst entscheidet sich die Kongreßführung für den Sheikh. Sheikh Abdullah wird 1948 zum Leiter einer demokratisch nicht legitimierten Interimsregierung ernannt. Ihm wird die Macht zugesprochen, die Monarchie langsam zurückzudrängen, die Diskriminierung der Muslime zu beenden und die Grundlagen für eine wirtschaftliche und wenn möglich demokratische Entwicklung Kaschmirs zu schaffen. Mit dieser Entscheidung, Sheikh Abdullah und seiner National Conference die Macht über Kaschmir zu übertragen, läßt sich der Kongreß aber auf ein gefährliches Spiel ein. In einem Zeitraum von weniger als fünf Jahren zeigt sich, daß Sheikh Abdullah über die gleichen autokratischen Neigungen wie die Maharajas, aber über ein weit größeres politisches Geschick verfügt.

Sheikh Abdullah durchsetzt jetzt die Verwaltung Kaschmirs mit seinen Parteigängern, überwiegend Muslimen. Er beginnt, den Maharaja rasch zu entmachten. Da er sozialistischen Entwicklungsvorstellungen nachhängt, führt er im Hochtal eine Landreform durch, wie sie in keiner Provinz Indiens bislang in vergleichbarer Radikalität bewerkstelligt werden konnte. Diese Enteignungsmaßnahmen dienen nicht nur der Besserstellung der islamischen Bauern und Landarbeiter, sie dienen in erster Linie dazu, die ökonomische Basis der hinduistischen Dynastie und der ihnen seit langem dienenden Kaschmiri-Pandits zu brechen. Auch kommen die Enteignungsmaßnahmen in erster Linie den Parteigängern Sheikh Abdullahs zugute. Diese Maßnahmen einer „positiven Diskriminierung“ zugunsten der Muslime des Hochtals führen zugleich

zum wachsenden Protest der Hindus in Jammu, aber auch der Minderheit der Buddhisten in Ladakh. Sheikh Abdullah ist auch bereit, in wachsendem Maße Justiz und Polizei zur Absicherung seiner Vormachtstellung einzusetzen. Er erläßt eine Zensur und geht systematisch gegen seine politischen Gegner vor. Insbesondere denkt er gar nicht daran, die Führer der Muslim Conference freizusetzen oder ihnen eine politische Betätigung zu gestatten. Während Sheikh Abdullah neue ethnische Ressentiments auf seiten der Hindus in Jammu und der Buddhisten in Ladakh auslöst und ein weitgehend autokratisches Einparteienregime errichtet, hält der Kongreß still.

Zunehmend nervös zeigen sich Nehru und die Kongreßführung aber, nachdem der Sheikh dazu übergeht, seine politischen Vorstellungen für die Zukunft Kaschmirs offenzulegen und im Rahmen der neuen Verfassung Indiens festzuschreiben. Maßgeblich unter seiner Initiative und direkten Mitarbeit wird in die 1950 verabschiedete indische Verfassung ein Artikel 370 aufgenommen, der die künftige Sonderstellung und Eigenständigkeit Kaschmirs absichern soll. Nachdem der Sheikh somit die Sonderstellung Kashmirs und damit zugleich seine eigene abgesichert zu haben glaubt, wird immer deutlicher, daß er und Nehru unter dem Begriff des Beitritts, der „accession“, etwas grundsätzlich Unterschiedliches verstehen. Der Sheikh ist ein Meister der ambivalenten und immer changierenden Verlautbarungen; aber dennoch wird immer deutlicher, daß er Kaschmir auf Dauer eine Sonderrolle, das Recht auf eine eigene Außenpolitik und im Grenzfall gar die Unabhängigkeit erhalten möchte.

Der Sheikh spricht jetzt gerne vom „Kaschmiriwesen“, dem „Kashmiriyat“. Es handelt sich dabei um eine Art ethnischer Würde und Tugend, die allen Bewohnern Kaschmirs gleichermaßen eigentümlich ist und die deshalb sicherstellt, daß Kaschmiri-Hindus, Kaschmiri-Muslime und Kaschmiri-Buddhisten untereinander stets mehr gemeinsam haben als mit ihren jeweiligen Glaubensbrüdern. Sheikh Abdullah selbst ist die Verkörperung und der Schutzherr dieses Kaschmiriwesens. Im Kern dieser ethnischen Tugend scheint aber das Streben nach einer Art geistiger, wenn nicht gar politischer Unabhängigkeit zu liegen. Der Sheikh hatte bereits vor der Unabhängigkeit während der Kampagne „Quit Kashmir“ davon geträumt, Kaschmir zu einer „Schweiz Südasiens“ zu machen. Jetzt, seit seiner Inthronisation, mehren sich die Bemerkungen, die darauf hinweisen, daß dieser Traum künftig umgesetzt werden soll.

Am 9. August 1953 ist schließlich die Geduld Nehrus erschöpft. Ihm ist jetzt klargeworden, daß mit dem Mittel Abdullah das Ziel einer engen Einbindung Kaschmirs in die Indische Union nicht zu erreichen ist und daß er der Errichtung eines Einparteienregimes Vorschub geleistet hat, dessen Führer

auf immer deutlichere Weise seine Eigenständigkeit hervorkehrt und die Autonomie Kaschmirs anstrebt. Abdullah wird abgesetzt und inhaftiert. Bis auf eine kurze Ausnahme im Jahre 1964 bleibt Sheikh Abdullah jetzt die nächsten fünfzehn Jahre hinter Gittern oder unter Hausarrest. Mit Hilfe der Manipulation der National Conference und der Provinzwahlen versucht der Kongreß in den folgenden fünfzehn Jahren, dem Kongreß nahestehende Regierungen an der Macht zu halten und zugleich die Sonderstellung und Eigenständigkeit Kaschmirs aufzuheben. Mit Hilfe einer solchen Provinzregierung kann 1956 eine Verfassungsänderung verabschiedet werden, die Kaschmir zu einem integralen Bestandteil der Indischen Union erhebt. 1959 wird die Zuständigkeit des indischen Verfassungsgerichts auch auf Kaschmir ausgedehnt. 1965 wird durchgesetzt, daß der Leiter der Regierung, wie in allen anderen indischen Gliedstaaten, Chief Minister und der Vertreter der Zentralregierung Governor genannt wird. Vor allem wird aber jetzt der Governor von der Zentralregierung ernannt und nicht mehr, wie bislang, vom kaschmirischen Parlament gewählt. Hinzu kommt, daß seit 1965 die Vertreter Kaschmirs im indischen Bundesparlament, in der Lok Sabbha, direkt gewählt und nicht mehr vom Landesparlament Kaschmirs entsandt werden.

Damit ist bis 1968 das von Sheikh Abdullah konstruierte „Bollwerk“ der Sonderstellung Kaschmirs, der Verfassungsartikel 370, weitgehend ausgehöhlt und Kaschmir den übrigen indischen Gliedstaaten gleichgestellt worden. Mit diesem vordergründigen Erfolg, mit dieser scheinbar irreversiblen Inkorporation Kaschmirs hat sich der Kongreß aber selbst eine Grube gegraben. Da Kaschmir jetzt allen anderen Gliedstaaten weitgehend gleichgestellt ist, wird es künftig fast unmöglich, den Bewohnern des Hochtales auch nur kleine Autonomie- und Sonderrechte zuzugestehen. Solche Zugeständnisse können künftig von allen übrigen Bundesstaaten ebenfalls eingefordert werden. Ob sie gewährt oder verweigert werden, immer werden neue Konflikte ausgelöst werden.

Die erfolgreiche Gleichschaltung Kaschmirs hat zugleich die politischen Partner des Kongresses im Hochtal verschlissen. Im Rahmen manipulierter Wahlen oder mit Hilfe direkter Eingriffe hat die Kongreßregierung in Neu-Delhi Rivalen des Sheikh oder Fraktionen der National Conference an die Regierung gebracht. Jetzt, nach fünfzehn Jahren, muß sie erkennen, daß diese Politiker und Fraktionen keinerlei Rückhalt bei der Bevölkerung haben. Es bleibt ihr zunächst nur noch ein Mittel: Sie muß jetzt auf den einzigen in den Augen der Muslime noch vertrauenswürdigen Politiker zurückgreifen, also auf Sheikh Abdullah. Das geht jedoch nicht ohne einige schwierige Manöver ab.

Drei Jahre zuvor, 1965, hat der Kongreß die Reste der National Conference einfach zur „Jammu and Kashmir Congress Organisation“ umgewandelt. Jetzt wird in einem fragwürdigen Verfahren der gerade aus dem Hausarrest entlassene Sheikh Abdullah zum Chef dieser Organisation und zum Chief Minister der Regierung gemacht. Der Sheikh hat sich aber auch nach fünfzehn Jahren Gefängnis und Hausarrest nicht gewandelt. Wiederum trachtet er danach, eine autokratische Herrschaft zu errichten, wiederum betreibt er seine eigene Form der Außenpolitik, und wiederum spricht er von der möglichen Unabhängigkeit des Staates. Noch verheerender: 1971 bildet der Sheikh, der zu den Zeiten seiner ersten Inthronisation keinerlei Interesse an einer Volksbefragung gezeigt hatte, eine „Plebiszitfront“ und setzt sich für die Durchführung einer Volksbefragung ein. Indira Gandhi, die neue machtvolle und mißtrauische Premierministerin, entschließt sich deshalb, Abdullah abzusetzen und seine Plebiszitfront zu verbieten. Aber bereits 1974 zwingt der Mangel an durchsetzungsfähigen und dem Kongreß getreuen Allianzpartnern Indira Gandhi wiederum dazu, Abdullah als Chief Minister einzusetzen. Der Preis für die neuerliche, die dritte Inthronisation: Sheikh Abdullah muß seine „Plebiszitfront“ endgültig auflösen, im Gegenzug darf er die „National Conference“ reetablieren.

Bei den Wahlen 1977, den ersten nicht manipulierten Wahlen im Hochtal, kann Sheikh Abdullah seine fortdauernde Popularität und den Erfolg seiner National Conference unter Beweis stellen. Die National Conference erringt jetzt 45 der 76 Sitze. 1982 aber stirbt der „Löwe von Kashmir“. Während des Trauerzuges singen die Teilnehmer: „Was war die Botschaft des Löwen von Kashmir? Freundschaft zwischen Hindus, Muslimen und Sikhs.“ Die Führung der National Conference geht jetzt auf Abdullahs Sohn Farrouk über, und dieser kann 1983, wiederum im Rahmen freier Landtagswahlen, einen überzeugenden Wahlsieg für die National Conference und gegen den Indirs-Kongreß erringen. Farrouk hat nun, im Gegensatz zu seinem Vater 1977 Indira Gandhi als Gegenspielerin. Mit Hilfe eines ihr willfährigen Governor ersetzt sie ein Jahr später die Regierung Farrouks durch eine dem Kongreß nahe Koalitionsregierung. Farrouk wird vom Governor nicht einmal das Recht eingeräumt, die Stabilität seiner Regierung durch ein Mißtrauensvotum im Parlament unter Beweis zu stellen.

Entscheidender als die Absetzung Farrouks aber ist dessen Bereitschaft wenige Monate später, sich selbst zu delegitimieren. Nach der Ermordung Indira Gandhis Ende Oktober 1984 zieht er es vor, dem neuen Premier, Rajiv Gandhi, seine bedingungslose Unterstützung zuzusagen. Zwei Jahre später schließt er ein Rajiv-Farrouk-Abkommen ab, das den Weg zu einer Kongreß-

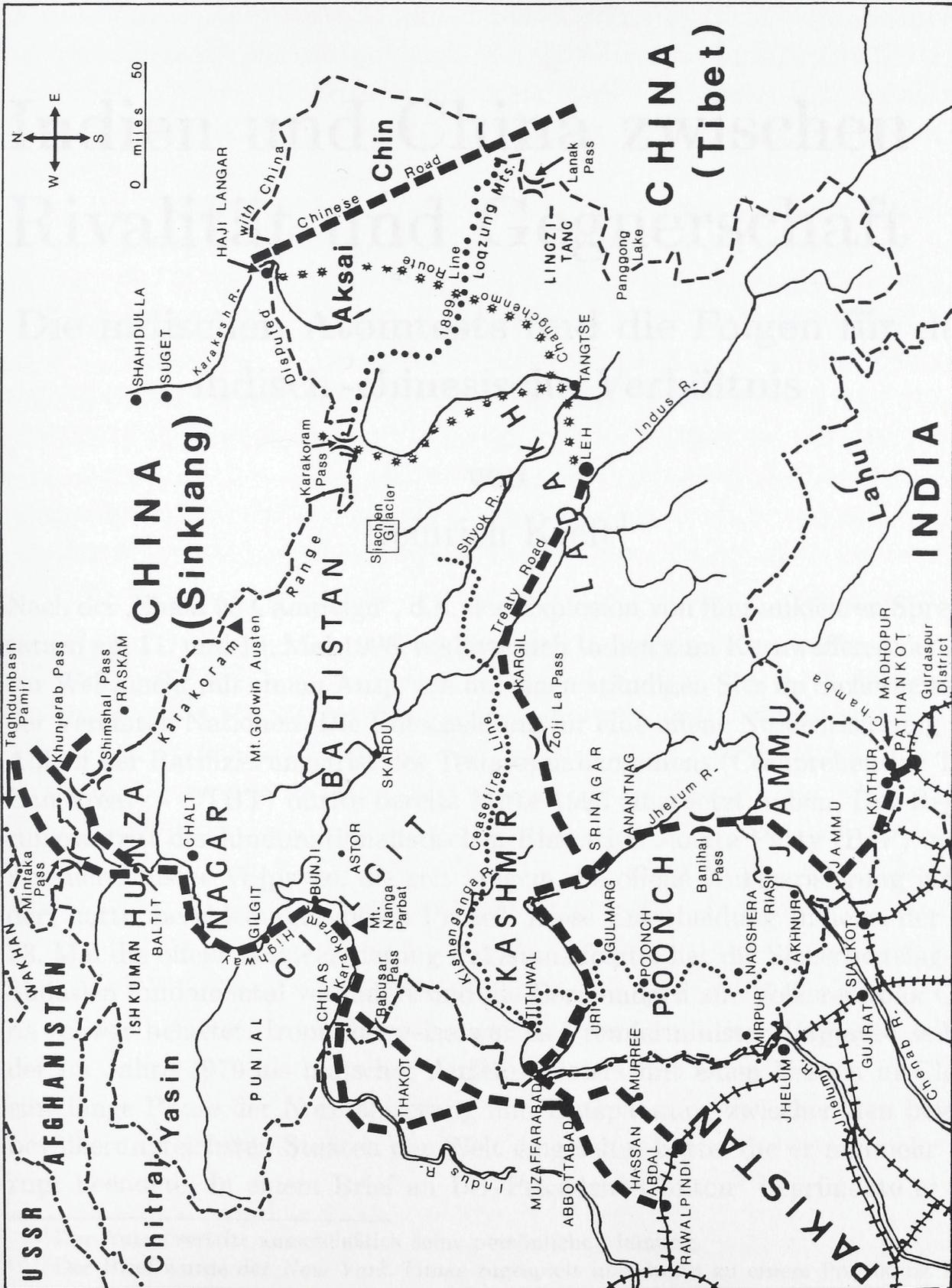
National-Conference-Regierung in Kaschmir frei macht. Bei den 1987 anstehenden Wahlen treten die Koalitionspartner wiederum zusammen an. Die National Conference und der Kongreß können nicht nur, was absehbar ist, die Wahlen für sich entscheiden, beide Parteiführer sind darüber hinaus bereit, zum Mittel der Wahlfälschung und der Wählereinschüchterung zu greifen: Damit hat Farrouk sich und die National Conference endgültig in den Augen der Wähler desavouiert. Schlimmer noch: Durch das emphatische Bekenntnis zum Ideal des „Kashmiriyat“ und seine gleichzeitige parteipolitische Manipulation hat er dieses Ideal religiöser Toleranz und regionaler interethnischer Eigenständigkeit auf Dauer entwertet.

1987 hat damit das Spiel des Kongresses, entweder mit einem unberechenbaren Abdullah oder einem korrumpierten Farrouk oder aber mit zweitrangigen und manipulierten Kaschmirpolitikern die Kontrolle über das Hochtal sicherzustellen, sein Ende erreicht. Farrouk und die National Conference fallen jetzt der allgemeinen Verachtung anheim. Damit ist der Weg frei für ausschließlich islamische und fundamentalistische sowie separatistische Organisationen, die sowohl das Ideal des Kashmiriyat als auch die Beteiligung an demokratischen Wahlen ablehnen und jetzt für ein unabhängiges oder ein an Pakistan angeschlossenes Kaschmir kämpfen. Diese Gruppen beginnen in einer bislang unbekanntten Härte gegen die indischen Truppen, Kaschmiri-Beamten und Kaschmiri-Hindus, vor allem aber gegen die etablierten Kaschmiri-Politiker aller Couleurs vorzugehen. Der Aufstand, eine diffuse, in sich zerstrittene und von einer Vielzahl von verdeckten Interessen und Interessengruppen geprägte Rebellion, ist nicht mehr aufzuhalten. Die Zentralregierung in New Delhi versucht, mit militärischen Mitteln der Situation Herr zu werden. Der Konflikt um Kaschmir hat nun eine neue Zuspitzung erfahren, eine friedliche Regelung scheint ferner denn je zu sein.

Literaturverzeichnis

- Puri, Balraj: *Kashmir. Towards Insurgency*, New Delhi 1993
 Wirsing, Robert G.: *India, Pakistan and the Kashmir Dispute*, London 1994
 Thomas, Raju G.C. (Hrsg.): *Perspectives on Kashmir*, San Francisco 1992
 Lamb, Alastair: *Kashmir. A Disputed Legacy, 1814-1990*, Hertingfordbury 1991

The State of Jammu and Kashmir



Quelle: Alastair Lamb, *Kashmir. A Disputed Legacy, 1846-1990*, Karachi: Oxford University Press 1993, S. X-XI.